

## **Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2013**

Am 02. Juli 2008 legte die europäische Kommission den Vorschlag der Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (2008/0140 (CNS) ) vor, wodurch europaweit einheitliche Standards in Bezug auf Gleichbehandlung gewährt sein sollen. Einen gemeinsamen Standard gibt es nur beim Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz. Da die Bundesrepublik die 5. Gleichbehandlungsrichtlinie noch nicht eingeführt hat, möchte das Büro den Parteien hierzu ein paar Fragen stellen.

Das **Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V.** (BUG) ist ein gemeinnütziger Verein, der Menschen unterstützt die diskriminiert wurden und sich entschieden haben eine AGG Klage zu führen. Basierend auf unseren Erfahrungen aus der Arbeit mit dem AGG haben wir die folgenden Fragen formuliert und bitten die Bundestagsfraktionen diese im Zuge des Bundestagswahlkampfes zu beantworten. Ihre Antworten bitten wir Sie unten einzufügen. Über eine umfassende Positionierung ihrer Partei zu den aufgeführten Fragen freuen wir uns und machen diese auf der Webseite des BUGs zugänglich.

Wir bedanken uns ganz herzlich für ihre Rückmeldungen.

1. Inwieweit würde Ihre Partei den Diskriminierungsschutz bezüglich der Gründe Alter, Religion/Weltanschauung, Behinderung und sexuelle Orientierung auf die Bereiche außerhalb der Beschäftigung auf der europäischen Ebene erweitern wollen?

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** wollen ein diskriminierungsfreies Europa – im beruflichen Leben wie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir GRÜNE haben daher den Vorschlag für eine neue europäische Antidiskriminierungsrichtlinie, die den Diskriminierungsschutz unter anderem auch auf den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen oder auf öffentliche Bildung erstrecken will, von Beginn an massiv unterstützt.

Im Europäischen Parlament haben die GRÜNEN sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass diese fünfte Anti-Diskriminierungsrichtlinie von der EU-Kommission

auf den Weg gebracht wurde. Auch im Bundestag haben wir mit parlamentarischen Initiativen die neue Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützt (Bundestagsdrucksache 17/1202). Denn leider ist im Ministerrat die schwarz-gelbe Bundesregierung einer der Hauptbremsen. Diese Haltung wollen wir aufbrechen. Wir treten dafür ein, dass die nächste Bundesregierung die neue Antidiskriminierungsrichtlinie aktiv unterstützt und auf eine schnelle Verabschiedung drängt.

**CDU:** Es sind bereits vier EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung bzw. Bekämpfung von Diskriminierung umgesetzt. Das Schutzniveau in der EU ist sehr hoch. CDU und CSU sehen gegenwärtig keinen Regelungsbedarf für eine weitere europäische Gleichbehandlungsrichtlinie.

**FDP:**

**DIE LINKE.**

**PIRATEN PARTEI:** Die Piratenpartei wurde im Besonderen aus der Einstellung heraus gegründet, Toleranz gegenüber den Lebensentwürfen aller Menschen zu zeigen. Aus diesem Grund lehnen es die PIRATEN bereits ab, verdachtsunabhängig Daten über die Einzelpersonen zu speichern. Die Abweichung von althergebrachten Normen, wie Homosexualität oder die Nichtzuordnung in das binäre Schema von männlich und weiblich, würde in einem solchen Umfeld zu Auffälligkeiten sorgen. Zur Toleranz gegenüber der sexuellen Orientierung ergänzen die PIRATEN daher auch ausdrücklich die Toleranz zur individuellen, von traditionellen Rollenbildern abweichenden sexuellen Identität.

Des Weiteren setzen wir uns ausdrücklich dafür ein, dass auch andere persönliche Merkmale wie Religionszugehörigkeit, Behinderungen oder das Alter und der soziale Status nicht zu Benachteiligungen von Mitmenschen führen dürfen. Besonders im deutschen Bildungssystem sehen wir hier Nachbesserungsbedarf, aber auch bei der ungleichen Entlohnung gleicher Arbeit.

Diesem Einsatz sieht sich die Piratenpartei insgesamt verschrieben, gleich ob auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union.

**SPD:** Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt. Unser Ziel ist eine Kultur des Widerspruchs, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Würde des Menschen verletzt werden. Wir wollen einen Staat, der diese Würde und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter.

Der Diskriminierungsschutz ist in Deutschland bereits rechtlich durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) über den Bereich der Beschäftigung hinaus geregelt. Deutschland geht somit national über das bisherige europäische Recht

hinaus. Das AGG bezieht alle Formen von Diskriminierung in allen Regelungsbereichen mit ein. Wir wollen es weiter entwickeln und auch eine bessere Finanzierung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen.

2. Wie positioniert sich Ihre Partei zur sogenannten 5. EU-Gleichbehandlungsrichtlinie?

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** siehe Antwort zu Frage 1.

**CDU:** siehe Antwort zu Frage 1.

**FDP:**

**DIE LINKE.**

**PIRATEN PARTEI:** Inklusion und Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ein zentrales Ziel der PIRATEN. Die PIRATEN setzen sich für eine Gesellschaft ein, die frei ist von Barrieren jeglicher Art. Eine Gesellschaft, in der sich Menschen unabhängig von körperlichen, psychischen, geistigen und biographischen Unterschieden, frei von Diskriminierung und Stigmatisierung mit den gleichen Chancen entfalten können. Unsere Grundrechte sind die obersten Gesetze unserer Gesellschaft und dürfen nicht ausgehebelt werden, weder durch Gesetze noch durch gesellschaftliche Gepflogenheiten.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine umfassende Inklusion jedes Mitgliedes unserer Gesellschaft sind zu schaffen. Die persönliche Entfaltung jedes Menschen muss unabhängig von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Voraussetzungen möglich sein. Nur eine auf Inklusion zielende Politik verwirklicht das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Jede Art von Ausgrenzung ist Unfreiheit. Andersartigkeit ist als Individualität zu sehen, und eine Bereicherung unserer gesellschaftlichen Vielfalt und damit unseres gesamtgesellschaftlichen Potentials. Die gesellschaftliche Inklusion ist hierbei als generelles und dauerhaftes Angebot an jeden zu verstehen. Wir werden uns daher für die Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinie einsetzen.

**SPD:** Die SPD hat bereits früh (2009/2010) ihre Unterstützung für eine 5. Antidiskriminierungsrichtlinie öffentlich deutlich gemacht und die Bundesregierung aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Diese Blockadehaltung von CDU/CSU und FDP erinnert stark an die völlig unbegründeten Vorbehalte, die seinerzeit gegen das AGG vorgebracht wurden.

Mit der 5. Gleichbehandlungsrichtlinie soll ein einheitliches Mindestschutzniveau für Personen außerhalb von Beschäftigung und Beruf festgelegt werden. Dies entspräche in weiten Teilen dem in Deutschland durch das AGG verwirklichten

Diskriminierungsschutz. In EU-Mitgliedstaaten, die noch keine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung haben, werden durch die Blockadehaltung von CDU/CSU und FDP entsprechende Regelungen nun seit Jahren verhindert.

Wir wollen mit dafür sorgen, dass der Schutz vor Diskriminierung sukzessive ausgebaut wird und wir weitere Schritte in der Umsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes gehen, gemäß unserem Ziel, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jede und jeder frei von Angst und Furcht verschieden sein kann.

3. Würden Sie im Falle eines Regierungsauftrages den weiteren Verhandlungen und einer möglichen Verabschiedung der 5. Gleichbehandlungsrichtlinie im Rat der Europäischen Union gegenüberstehen?

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** siehe Antwort zu Frage 1.

**CDU:** siehe Antwort zu Frage 1.

**FDP:**

**DIE LINKE.**

**PIRATEN PARTEI:** Einen Regierungsauftrag werden wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht haben, aber wir bemühen uns als konstruktiv agierende Opposition generell darum, unsere Kernthemen, zu denen gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an allen gesellschaftlichen Themenfeldern gehört, voranzubringen.

**SPD:** Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass es zu einer politischen Einigung kommt. Da im Europäischen Rat Einstimmigkeit erforderlich ist und einerseits Bedenken auch von anderen EU-Mitgliedstaaten vorgebracht wurden, andererseits die Richtlinie von vielen auch ausdrücklich begrüßt wird, werden weitere Verhandlungen folgen. Diese werden wir im Interesse eines EU-weiten Diskriminierungsschutzes entsprechend führen und begleiten.